

An die
Stiftung Altenheim St. Walburg
St. Walburg 223/A
39016 Ulten

Eingang am: _____

Prot. Nr.: _____

GESUCH UM DIE ZULASSUNG FÜR DIE

BEFRISTETE AUFNAHME ALS: _____

VOLLZEIT

TEILZEIT, % _____

UNBEFRISTETE AUFNAHME ALS: _____

VOLLZEIT

TEILZEIT, % _____

Der/Die unterfertigte	
Geboren am / in	
Steuernummer	
wohnhaft in (genaue Anschrift)	
Handy	
E-Mail	

ersucht

um Zulassung zu oben genannter Aufnahme und zu diesem Zweck erklärt der/die Unterfertigte auf eigene Verantwortung folgendes:

(Es wird darauf hingewiesen, dass alle im vorliegenden Zulassungsgesuch enthaltenen und abgegebenen Erklärungen, sowie die beigelegten Unterlagen den Bestimmungen des Art. 46 D.P.R. vom 28.12.2000, Nr. 445 unterliegen. Wahrheitswidrige Erklärungen werden im Sinne des Art. 495 des St. GB verfolgt)

dass er/sie italienische(r) Staatsbürger(in) ist;

ledig zu sein

verheiratet zu sein

getrennt zu sein (Zutreffendes ankreuzen)

dass er/sie kinderlos ist;

dass er/sie ___ Kinder hat;

in den Wählerlisten der Gemeinde _____ eingetragen zu sein;

nicht eingetragen zu sein, da _____;

dass er /sie nie strafrechtlich verurteilt wurde und kein Strafverfahren im Gange hat;

dass gegen ihn/sie folgende Strafurteile ausgesprochen wurden: _____

dass er folgendes Strafverfahren anhängig hat: _____

dass er/sie nie vom Dienst bei öffentlichen Verwaltungen enthoben oder abgesetzt wurde;

dass er/sie aus folgenden Gründen vom Dienst bei öffentlichen Verwaltungen enthoben oder abgesetzt wurde: _____.

dass er die Wehrdienstpflicht im folgenden Zeitabschnitt erfüllt hat: _____

dass er die Wehrdienstpflicht nicht erfüllt hat aus folgendem Grund: _____

dass er/sie gesund und kräftig und frei von Mängeln und körperlichen Unvollkommenheiten ist, die die Ausübung der Tätigkeiten beeinflussen könnten;

dass er/sie folgender Sprachgruppe angehört:

deutschen

italienischen

ladinischen (Zutreffendes ankreuzen)

dass er im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises (zutreffendes ankreuzen)

C1 (ehemaliges Niveau A)

B2 (ehemaliges Niveau B)

B1 (ehemaliges Niveau C)

A2 (ehemaliges Niveau D)

dass er im Sinne und für die Belange der Art. 20 des D.P.R. vom 26.07.1976, Nr. 752 die eventuell vorgesehene Prüfung in _____ Sprache ablegen will;

dass alle Mitteilungen die die provisorische Aufnahme oder den Wettbewerb nach Titeln und Prüfungen betreffen, an folgende Adresse geschickt werden können:

Straße/Nr. _____ Ort/Gemeinde _____

Tel./Fax. oder/und E-Mail _____

sich vorbehaltlos zu verpflichten, die Bedingungen der zum Zeitpunkt der eventuellen Ernennung geltenden Personaldienstordnung dieser Verwaltung und den auf dieser Grundlage vorbereiteten Individualvertrag anzunehmen und zu unterschreiben.

dass er im Besitze des Führerscheines _____ ist.

STUDENTITEL

dass er im Besitz des erforderlichen Studentitel ist

Titel/Zeugnis	Anstalt	Jahr	Dauer	Bewertung	dem Amt vorbehalten

dass er im Besitz weitere folgender Studentitel ist: Ja Nein (wenn ja, unten anführen)

Titel/Zeugnis	Anstalt	Jahr	Dauer	Bewertung	dem Amt vorbehalten

Befähigung zur Ausübung des Berufes als _____ mit Bewertung _____

Einschreibung in das Berufsverzeichnis für _____ bei _____ vom _____

DIENST BEI ÖFFENTLICHEN VERWALTUNGEN

dass er/sie nie bei öffentlichen Verwaltungen gearbeitet hat;

dass er/sie bei folgenden öffentlichen Verwaltungen gearbeitet hat/gegenwärtig angestellt ist:

(Verzeichnis der öffentlichen Verwaltungen, bei denen Dienst geleistet wird/wurde, mit

Angabe des bekleideten Dienststranges, der Funktionsebene, Datum des Dienstantrittes und des Dienstendes)					
Öffentliche Körperschaft	Berufsbild und Dienststrang	vom	bis zum	dem Amt vorbehalten	
				J.M.T.	
				J.M.T.	
Abschnitt - DIENST IM PRIVATEN SEKTOR (IMMER BEREICH ALTENPFLEGE/PFLEGE)					
<input type="checkbox"/> dass er/sie folgende Dienste geleistet hat: (Verzeichnis der Arbeitgeber, mit genauer Angabe des bekleideten Dienststranges, der Funktionsebene, des Datum des Dienstantrittes und des Dienstendes)					
Arbeitgeber	Funktion	vom	bis zum	dem Amt vorbehalten	
				J.M.T.	
				J.M.T.	
Angabe zu anderen spezifischen Kenntnissen:					
EDV Kenntnisse: _____					
Andere Kenntnisse: _____ (z.B. Fachausbildungen Pflege)					
Der/Die Unterfertigte fügt diesem Ansuchen Nr. _____ Dokumente, die in einem eigenen Verzeichnis (Anlage A) aufgezählt sind, bei. Der/die Antragsteller/in erklärt zu wissen, dass er/sie jegliches Recht, das er/sie bei erfolgreichem Abschluss der Erstellung der Rangordnung erwirbt, verliert, wenn er/sie nicht innerhalb der festgelegten Frist die von der Gemeinde angeforderten Unterlagen einreicht bzw. falsche Erklärungen abgegeben hat. Datum _____ UNTERSCHRIFT _____					

Der/die Antragsteller/in erklärt, dass er/sie frühestens am _____ gegenständliches Arbeitsverhältnis beginnen kann.

Ich unterfertigte _____, in meiner Eigenschaft als _____ der Stiftung Altenheim St. Walburg - ÖBPB, bestätige, dass die Unterschrift gegenwärtig in meiner Anwesenheit von Seiten des Herrn/der Frau _____ abgegeben wurde, über dessen Identität ich mich persönlich durch AUSWEIS Nr. _____ vergewissert habe.

St. Walburg, am _____ Unterschrift _____

Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Einstellung und Verwaltung des Arbeitsverhältnisses gemäß Artikel 12, 13 und 14 der EU-Verordnung 2016/679

Im Sinne der gegenständlicher Verordnung zum Thema des Schutzes natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, muss die Stiftung Altenheim St. Walburg ÖBPB (in der Folge „Körperschaft“), in der Eigenschaft als „Verantwortlicher“ der Datenverarbeitung, einige Informationen in Bezug auf die Verwendung Ihrer Daten erteilen, über die sie i) aufgrund des Arbeitsverhältnisses oder aufgrund der von Ihnen für die Körperschaft erbrachten Tätigkeiten verfügt, oder ii) - bereits vorher - im Zuge von Bewerbungen und/oder Bewerbungsgesprächen.

Herkunft und Art der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten, die die Körperschaft besitzt, werden in der Regel direkt bei den betroffenen Personen erhoben und können, gelegentlich, von Dritten stammen: z.B. Schulen, Universitäten, Ausbildungseinrichtungen, öffentliche und private Einrichtungen für Forschung und/oder Personalauswahl, Behörden, usw. Alle persönlichen Daten werden in Übereinstimmung mit der EU Verordnung Nr. 679/2016 und den Vertraulichkeitsverpflichtungen behandelt, die seit jeher die Tätigkeit unserer Körperschaft bestimmen.

Es kann vorkommen, dass bei der Erfüllung bestimmter Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der

Bewerbung/des Arbeitsverhältnisses – z.B. die Bereiche Buchhaltung, Entlohnung, Sozialversicherung, Sozialhilfe und Steuern betreffend – die Körperschaft in den Besitz von Daten gelangt, die in der EU-Verordnung Nr. 679/2016 (Art. 9) als "besonders" definiert, d.h. diejenigen, aus denen die rassische und ethnische Herkunft abgeleitet werden kann, oder religiöse Überzeugungen, politische Meinungen, die Mitgliedschaft in politischen Parteien, Gewerkschaften, Vereinigungen religiöser, philosophischer, politischer oder gewerkschaftlicher Natur, das Sexualleben sowie der Gesundheitsstand (beispielsweise werden als besondere Daten betrachtet: Krankheits- und Unfallbescheinigungen, Schwangerschaftsbescheinigungen, Gewerkschaftsvertretungen, Zugehörigkeit zu den sog. geschützten Kategorien, Teilnahme an Arbeitnehmervertretungen, Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen gemäß Gesetz und Vertrag, bestimmte öffentliche Ämter, usw.).

Wir weisen Sie darauf hin, dass die Angabe Ihrer persönlichen Daten notwendig ist, um den gesetzlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Bewerbung/des Arbeitsverhältnisses nachzukommen, sodass eine Weigerung diesbezüglich es de facto unmöglich machen würde, das vorgenannte Verhältnis mit Ihnen ordnungsgemäß umzusetzen. Die Verarbeitung Ihrer Daten ist gemäß Art. 6, Buchstaben a), b), c) und f) der zitierten EU-Verordnung Nr. 679/2016 erlaubt.

Zweck der Datenverarbeitung

Die personenbezogenen Daten werden im Rahmen der normalen Tätigkeit der Körperschaft und für folgende Zwecke bearbeitet:

a) Zwecke im Zusammenhang mit Verpflichtungen aus Gesetzen, Verordnungen und EU-Bestimmungen, sowie Bestimmungen von Behörden, die dazu gesetzlich befugt sind, und von Aufsichts- und Kontrollorganen (z.B. in den Bereichen Rechnungslegung, Entlohnung, Vorsorge, Fürsorge, Steuern und Einhaltung von Transparenzvorschriften in der öffentlichen Verwaltung);

b) Zwecke, die eng mit der Verwaltung der Bewerbung/des Arbeitsverhältnisses verbunden sind (wie z.B., aber nicht ausschließlich, die Ablage von persönlichen Daten, Studententitel, Fremdsprachenkenntnisse, beruflicher Hintergrund, Erstellung von internen IT-Benutzern und Prozessen wie Login, E-Mail, Intranet, persönliche Kalender/gemeinsame Kalender, Helpdesk, Telefonanlage; usw.);

c) Zwecke, die im Zusammenhang mit der Verwaltung der Bewerbung/ des Arbeitsverhältnisses stehen (wie z.B. die Angabe von Namen für die Teilnahme an Seminaren und/oder Freizeitaktivitäten und/oder Sportveranstaltungen, die Übermittlung, auf Antrag der Bürger, von Daten und/oder Lebensläufen der mit dem Auftrag beauftragten Personen, usw.), um die beruflichen Eigenschaften und Leistungen zu optimieren;

d) Veröffentlichung personenbezogener Daten, einschließlich jener des Multimedia-Bereichs (wie Fotos, Video- und Audioaufzeichnungen) auf der institutionellen Internetseite der Körperschaft, in gemeindlichen/übergemeindlichen Intranet-Anwendungen oder in anderen Veröffentlichungen, außerhalb der in den Transparenzvorschriften der öffentlichen Verwaltung vorgesehenen Fälle;

e) Zwecke der Computersicherheit und Vertraulichkeit von Informationen, auch mittels automatisierter Software zur Verhinderung und/oder Überwachung von Verstößen gegen unsere Systeme und/oder Verhaltensrichtlinien.

Die Bereitstellung durch die betroffene Person der für die Verfolgung der unter Buchstabe a) genannten Zwecke erforderlichen Daten ist obligatorisch, und eine etwaige Weigerung der Bereitstellung führt dazu, dass die Körperschaft nicht in der Lage ist, den spezifischen rechtlicher Verpflichtungen nachzukommen und somit die Bewerbung/das Arbeitsverhältnis mit Ihnen zu verwalten. Die Bereitstellung durch die betroffene Person der für die Verfolgung der unter Buchstabe b) genannten Zwecke erforderlichen Daten ist freiwillig, aber eine eventuelle Weigerung würde es der Körperschaft de facto unmöglich machen, die Bewerbung/das

Arbeitsverhältnis mit Ihnen ordnungsgemäß zu verwalten. Die Bereitstellung durch die betroffene Person der für die Verfolgung der unter den Buchstaben c), d) und e) genannten Zwecke erforderlichen Daten ist fakultativ und bedarf zu ihrer Behandlung der ausdrücklichen Zustimmung der betroffenen Person, mit Ausnahme spezifischer Bestimmungen in diesem Bereich; eine eventuelle Weigerung, Ihre personenbezogenen Daten für die oben genannten Zwecke zur Verfügung zu stellen, würde es der Körperschaft unmöglich machen, die Bewerbung/das Arbeitsverhältnis mit Ihnen weiterzuführen.

Verarbeitungsmethoden

Die Daten werden mit informatischen Systemen und/oder in händischer Form verarbeitet, jedenfalls mittels geeigneter Verfahren, welche die Sicherheit und Vertraulichkeit und die Verfügbarkeit derselben gewährleisten.

Für den Fall, dass die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht direkt bei ihr erhoben werden, informiert der Verantwortliche, gemäß Art. 14 Buchst. g) der Verordnung, dass keine automatisierten Entscheidungsprozesse, einschließlich der Profilerstellung gemäß Art. 22 Absätze 1 und 4 vorgenommen werden.

Die Mitteilung der Daten

ist, mit Ausnahme der in der vorliegenden Information angegebenen Fälle, in denen die Zustimmung vorgesehen ist, obligatorisch für die Verwaltung der Bewerbung/des Arbeitsverhältnisses und bedarf nicht der Zustimmung der betroffenen Personen.

Die fehlende Mitteilung der Daten hat zur Folge

dass Gesetzespflichten missachtet werden und/oder dass diese Körperschaft daran gehindert wird die Bewerbung/das Arbeitsverhältnis zu verwalten.

Die Daten können mitgeteilt werden

allen Rechtssubjekten (Ämtern, Körperschaften und Organen der öffentlichen Verwaltung, Betrieben oder Einrichtungen), welche im Sinne der Bestimmungen verpflichtet sind, diese zu kennen, oder diese kennen dürfen, sowie jenen Personen, die Inhaber des Aktenzugriffsrechtes oder des allgemeinen Bürgerzugangs sind. Im Falle von besonderen personenbezogenen Daten und/oder von Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten erfolgt die Mitteilung an die in der Verordnung für die Verarbeitung von sensiblen und Gerichtsdaten (Maßnahme der Datenschutzbehörde vom 30.05.2005) angegebenen Rechtssubjekte und in den dort angeführten Formen.

Die Körperschaft kann die Daten des Interessenten auch an die folgenden Kategorien von externen Subjekten weitergeben:

1. Bürger;
2. Dienstleister und Lieferanten, mit denen ein vertragliches oder vorvertragliches Verhältnis besteht;
3. Versicherungsunternehmen;
4. Gesundheitsorganisationen, medizinisches Personal;
5. Vorsorge- und Fürsorgeeinrichtungen und andere öffentliche Körperschaften;
6. Einrichtungen, an denen die Gemeinden beteiligt sind und/oder Arbeitsgruppen die in Konsortien gebildet werden oder die Autonomen Provinz Bozen und ihre autonomen Einrichtungen, die Handelskammern, usw.
7. Verbände von Unternehmern und Unternehmen sowie Berufsverbände;
8. Universitäten, Forschungsinstitute, Ausbildungseinrichtungen, Berufsvereinigungen.

Für die Mitteilung an die in den Nummern 6) 7) und 8) genannten Subjekte ist die Zustimmung der betroffenen Person erforderlich, die Sie durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens am Ende dieser Information erteilen können. Wir informieren Sie, dass die Bezirksgemeinschaft ohne Ihr Einverständnis nur solche Operationen durchführen kann, die keine solche Mitteilungen mit sich führen. Die von uns erhobenen und verarbeiteten personenbezogenen Daten können an Subjekte mit Sitz oder Wohnsitz in der Europäischen Union - die ebenfalls der Verordnung unterliegen - und auch in Nicht-EU-Ländern mitgeteilt werden, vorausgesetzt, in diesem letztgenannten Fall, dass die Übermittlung durch eine Maßnahme der Behörden zum Schutz personenbezogener Daten oder durch bilaterale Verträge, die das gleiche Schutzniveau wie in der Verordnung selbst gewährleisten, als rechtmäßig anerkannt wird.

Die Daten können

vom Verantwortlichen, von den Auftragsverarbeitern, dem Datenschutzbeauftragten, den Beauftragten für die Verarbeitung personenbezogener Daten und vom Systemverwalter dieser Verwaltung zur Kenntnis genommen werden.

Darüber hinaus können die Daten von Personen, die speziell mit der technischen, organisatorischen und administrativen Verwaltung betraut sind, eingesehen werden, sowie von Fachleuten, die die Arbeit der betreffenden Person in Anspruch nehmen werden.

Die Daten werden

ausschließlich in dem von den Bestimmungen erlaubten Rahmen verbreitet.

Zeitliche Dauer der Datenverarbeitungen und der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Verarbeitungen laut vorliegender Information werden zeitlich nur so lange andauern wie unbedingt notwendig, um der Erfüllung der Verpflichtungen nachzukommen, die dem Verantwortlichen durch nationale

und/oder staatenübergreifende Gesetze, sowie durch die Gesetze der Länder, in die die Daten gegebenenfalls übermittelt werden, auferlegt worden sind

Beispielsweise werden personenbezogene Daten für die gesamte Dauer des Arbeitsverhältnisses und anschließend für weitere 5 Jahre unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften, und/oder für 10 Jahre i.S. der ordentlichen Verjährungsfrist, verarbeitet und gespeichert.

Rechte der betroffenen Personen

Es wird abschließend darauf hingewiesen, dass die Art. 15 bis 22 der EU-Verordnung den betroffenen Personen besondere Rechte verleihen. Insbesondere können die Betroffenen vom Verantwortlichen in Bezug auf die eigenen personenbezogenen Daten einfordern: das Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13, Abs. 2, Buchst. d), das Auskunftsrecht (Art. 15); das Recht auf Berichtigung (Art. 16); das Recht auf Löschung - Recht auf Vergessen werden (Art. 17); das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18); die Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung oder Einschränkung (Art. 19); die Datenübertragbarkeit (Art. 20); das Widerspruchsrecht (Art. 21) und den Ausschluss automatisierter Entscheidungsprozesse einschließlich Profiling (Art. 22).

Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher der Datenverarbeitung ist die Stiftung Altenheim St. Walburg ÖBPB mit Sitz in 39016 ST. WALBURG ULTEN Nr. 223/A

Datenschutzbeauftragter ist:

PSY-LEX GmbH

Armin Wieser

E-Mail: datenschutz@arminwieser.ch

DATUM _____

UNTERSCHRIFT _____

Anlage A): Auflistung der beigelegten Dokumente

Folgende Dokumente werden noch bei dieser Verwaltung hinterlegt:

Nr.	Beschreibung
1	
2	
3	
4	
5	

Unterschrift: _____ **Datum:** _____

Der/Die unterfertigte _____ erklärt, dass er sämtliche Unterlagen, welche die Einstellung berechtigen, bereits bei dieser Körperschaft _____ vorliegen und zwar wurden diese bei _____ eingebracht.

Nr.	Beschreibung	
1		
2		
3		
4		
5		

Unterschrift: _____ **Datum:** _____